



## Landgericht Stade

Geschäfts-Nr.:

8 O 27/22

Verkündet am:

07.07.2022

Hübner, Justizhauptsekretärin

als Urkundsbeamtin/beamter der Geschäftsstelle

Information zum Datenschutz unter [www.landgericht-stade.niedersachsen.de](http://www.landgericht-stade.niedersachsen.de)

### Im Namen des Volkes!

### Urteil

In dem einstweiligen Verfügungsverfahren

Herrn Dr. med. ... Berlin,

Verfügungskläger

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanw. T. ... Berlin

gegen

1. CliniGo GmbH vertr. d. d. Geschäftsführer Markus B., ... 21266 Jesteburg,

2. Herrn Markus B., ... 21266 Jesteburg,

Verfügungsbeklagter

Prozessbevollmächtigte zu 1, 2: Rechtsanwalt B...

12555 Berlin,

Geschäftszeichen:

wegen Wettbewerbsverstoßes

hat die 8. Zivilkammer (1. Kammer für Handelssachen) des Landgerichts Stade auf die mündliche Verhandlung vom 07.07.2022 durch

die Vorsitzende Richterin am Landgericht Dr. Fengler,

den Handelsrichter Raether und

den Handelsrichter Weinhard

für **R e c h t** erkannt:

1.

Die einstweilige Verfügung vom 4.4.2022 wird aufgehoben und der Antrag des Verfügungsklägers auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

2.

Die Kosten des Rechtsstreits trägt der Verfügungskläger.

3.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

\*\*\*\*\*

### **Tatbestand**

Der Verfügungskläger ist zugelassener Arzt mit eigener hausärztlicher Praxis in Berlin. Die Verfügungsbeklagte zu 1. betreibt die Webseiten [www.liberation-express](http://www.liberation-express) und [www.liberation-express.com](http://www.liberation-express.com). Der Verfügungsbeklagte zu 2. ist der Geschäftsführer der Verfügungsbeklagten zu 1.

Die Verfügungsbeklagte zu 1. bietet auf den von ihr betriebenen Webseiten an, dass potentielle Interessenten sich gegen Zahlung von 17,49 € eine auf den Zeitraum von sechs Monaten begrenzte Impfunfähigkeitsbescheinigung von einer Ärztin ausstellen lassen können. Wegen der diesbezüglichen Einzelheiten wird auf die Anlage A 2 Bezug genommen. Einen persönlichen Kontakt zwischen Interessent und Ärztin findet vor Ausstellung dieser Bescheinigung nicht statt. Um die sog. Impfunfähigkeitsbescheinigung zu erhalten, muss der Interessent über ein sog. Pull-down Menü einen von fünf genannten Impfstoffen auswählen, zu dem jeweils Inhaltsstoffe genannt worden. Sodann muss der Interessent zwischen drei Angaben wählen, nämlich, dass er, a. ausschließen kann, gegen einen der Inhaltsstoffe allergisch zu sein, b. dies nicht ausschließen kann und c. unsicher ist, ob er womöglich allergisch ist. Nach Auswahl der Antwort unter c. enthält der Interessent eine zeitlich begrenzte Impfunfähigkeitsbescheinigung, nach der er mit keinem der in der Europäischen Union genannten Impfstoffen gegen Covid-19 geimpft werden darf.

Der Verfügungskläger hat am 14.3. 2022 beantragt, den Verfügungsbeklagten im Wege der einstweiligen Verfügung aufzugeben, es bei Vermeidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 250.000,00 €, ersatzweise Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten zu unterlassen, Bescheinigungen, insbesondere im Internet, zu bewerben oder auszugeben, wie es von Seiten der Antragsgegner auf Webseiten wie [www.liberation-express.de](http://www.liberation-express.de) und [www.liberation-express.com](http://www.liberation-express.com) angeboten wird, ohne dass ein unmittelbarer Kontakt zwischen Arzt und Patient stattgefunden hat.

Nachdem den Verfügungsbeklagten rechtliches Gehör gewährt worden war und sich der Prozessbevollmächtigte der Verfügungsbeklagten mit Schriftsatz vom 24.3.2022 zur Akte legitimiert hatte, hat das Landgericht Stade durch die Vorsitzende mit Beschluss vom 4.4.2022 eine einstweilige Verfügung entsprechend des Antrags erlassen.

Der Beschluss ist dem Verfügungsklägervertreter am 8.4.2021 zugestellt worden. Mit Schriftsatz vom selben Tage hat dieser die Berichtigung des Rubrums des Beschlusses beantragt.

Am 13.4.2020 übermittelte der Verfahrensbevollmächtigte des Verfügungsklägers dem Verfahrensbevollmächtigten des Verfügungsbeklagten zu Zwecken der Zustellung per beA ein Schreiben, welchem nur eine einfache Abschrift des Beschlusses vom 4.4.2022 beigelegt war. Mit Schreiben vom 14.4.2022 teilte der Verfahrensbevollmächtigte der Verfügungsbeklagten dem Verfahrensbevollmächtigten des Verfügungsklägers mit, dass er die Mitwirkung an der Zustellung des Beschlusses des Landgerichts Stade vom 4.4.2022 verweigere und ein Empfangsbekenntnis nicht zurücksenden werde. Mit Schreiben vom selben Tage fragte der Verfahrensbevollmächtigte des Verfügungsklägers bei dem Verfahrensbevollmächtigten der Verfügungsbeklagten an, ob dieser in der Sache zustellungsbevollmächtigt sei und erklärte, dass er, soweit er hierauf keine Klarstellung erhalte, davon ausgehe, dass die Zustellung direkt bei den Parteien veranlasst werden könne.

Das Rubrum der einstweiligen Verfügung ist mit Beschluss vom 20.4.2022 auf Antrag des Verfügungsklägers berichtigt worden.

Der Verfügungskläger beantragt,

die einstweilige Verfügung vom 4.4.2020 aufrechtzuerhalten.

Die Verfügungsbeklagten beantragen,

die einstweilige Verfügung des Landgerichts Stade vom 4.4.2022, Aktenzeichen 8 O 27/22, aufzuheben und den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückzuweisen.

Sie meinen, dass die einstweilige Verfügung nicht wirksam vollzogen worden sei.

Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

## **Entscheidungsgründe**

Die einstweilige Verfügung unterliegt der Aufhebung nach §§ 936, 927 ZPO, da der Verfügungskläger die einstweilige Verfügung nicht rechtzeitig nach §§ 936, 929 Abs. 2 ZPO vollzogen hat.

Gemäß § 936 Abs. 2 ZPO i.V.m. § 929 Abs. 2 ZPO muss eine einstweilige Verfügung innerhalb eines Monats vollzogen werden. Dabei beginnt die Frist, wenn die einstweilige Verfügung wie hier durch Beschluss erlassen worden ist, mit ihrer Zustellung an die Partei, auf deren Gesuch sie ergangen ist. Die Beschlussverfügung ist dem Verfügungsklägervertreter am 8.4.2022 zugestellt worden, sodass die Monatsfrist am 8.5.2022 abgelaufen ist.

Bei einer Unterlassungsverfügung besteht die Besonderheit, dass ihre Vollziehung, also ihre nicht auf Befriedigung, sondern nur auf Sicherung des Gläubigers gerichtete Vollstreckung, an sich überhaupt nicht oder zumindest so lange unmöglich ist, als der Schuldner ihr nicht zuwiderhandelt (OLG Karlsruhe DGVZ 2014,127). Auch für eine ein Verbot oder Gebot aussprechende Beschlussverfügung gilt aber der sich aus § 929 Abs.2 ZPO ergebende Grundsatz, dass sich ein Gläubiger, der in einem nur vorläufigen Eilverfahren einen Titel erwirkt hat, rasch entscheiden muss, ob er von diesem Titel Gebrauch machen will oder nicht (OLG Karlsruhe DGVZ 2014,127). Die Kundgabe des Willens, von dem erstrittenen Titel Gebrauch zu machen, muss notwendigerweise vom Gläubiger ausgehen und dem Schuldner gegenüber erfolgen. Bei durch Beschluss erlassenen einstweiligen Verfügungen, die ein Verbot aussprechen, stellt diesen Akt der Willenskundgabe deren Zustellung im Parteibetrieb dar (BGH, VersR 1985, 358).

Die Übermittlung einer einfachen Abschrift des Beschlusses über das elektronische Anwaltspostfach an den gegnerischen Anwalt reicht zur Vollziehung der Beschlussverfügung nicht aus (vgl. OLG Brandenburg, Urteil vom 05.04.2021, 1 U 74/20; OLG Düsseldorf, Urteil vom 29.5.2018, 20 U 159/17). Vielmehr ist die Vollziehung der einstweiligen Verfügung im Sinne des § 928 ZPO entsprechend der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung vorzunehmen (vgl. BGH, Urteil vom 22.10. 1992, IX ZR 36/92). Insoweit ist zur Vollziehung einer Unterlassungsverfügung die Zustellung einer Ausfertigung oder jedenfalls einer beglaubigten Abschrift des Titels im Wege der Parteizustellung erforderlich (vergleiche OLG Hamburg, GRUR 1990, 151).

Soweit teilweise angenommen wird, dass eine mit einer Ordnungsmittelandrohung erlassenen Unterlassungsverfügung, die durch Urteil ausgesprochen wurde, auch durch

formlose Zustellung der einfachen Abschrift des Urteils im Parteibetrieb zugestellt werden kann, soweit zuvor eine ordnungsgemäße Amtszustellung erfolgt ist, wird dies nicht im Hinblick auf Beschlussverfügungen vertreten (vergleiche OLG München, Urteil vom 06.02.2013, 15 U 2848/12).

Der Zustellungsmangel ist auch nicht gemäß § 189 ZPO geheilt worden. Zwar kommt eine Heilung gemäß § 189 ZPO grundsätzlich auch in Bezug auf die Wirksamkeit der Zustellung von Beschlussverfügungen nach §§ 922 Abs. 2, 936 ZPO in Betracht (OLG Hamburg, Beschluss vom 22.12.2017, 3 W 38/17 mit weiteren Nachweisen), die Voraussetzung hierfür liegen jedoch nicht vor.

Eine Heilung durch den tatsächlichen Zugang des Schriftstücks im Sinne des § 189 ZPO setzt voraus, dass das Schriftstück so den Machtbereich des Adressaten gelangt, dass er es behalten kann und Gelegenheit zur Kenntnisnahme von dessen Inhalt hat (BGH NJW 2001, 1946). Der Empfänger eines zuzustellenden Schriftstücks soll durch die Gewährung rechtlichen Gehörs in die Lage versetzt werden, seine Rechte zu wahren, sodass Zweck der Zustellung ist, dem Empfänger eine zuverlässige Kenntnis von den zuzustellenden Schriftstücken zu verschaffen (vgl. BGH NJW 2017, 2472). Voraussetzung hierfür ist, dass eindeutige Gewissheit hinsichtlich der Authentizität des Titels besteht. Diese Voraussetzung ist bei elektronischer Übermittlung der einfachen Abschrift einer Beschlussverfügung nicht gegeben.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Abs. 1 ZPO, der Ausspruch hinsichtlich der vorläufigen Vollstreckbarkeit ergibt sich aus der Natur der Sache.

Dr. Fengler

Raether

Weinhard

**Vorstehende Abschrift stimmt mit der Urschrift  
wörtlich überein und wird hiermit beglaubigt.**

Stade, 08.07.2022

Hübner, Justizhauptsekretärin

als Urkundsbeamter/Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Landgerichts

Dieses Schriftstück wurde elektronisch erstellt.

Es ist nur mit Unterschrift, Gerichtssiegel oder mit qualifizierter elektronischer Signatur gültig.